

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

5.11.1929 (No. 258)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugsvorteil: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Stenogramm. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerückgabe, zwangsweiser Belieferung, und Konfiskation sind von dem Rabatrabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Aufhebung, Nachlieferung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zur Erkrankung des Prinzen Max

Zur Aufzucht des Herrn Staatspräsidenten hat heute der Landrat in Konstanz in Vertretung des abwesenden Landeskommissars sich nach dem Befinden des Prinzen Max erkundigt und die besten Wünsche des Staatsministeriums auf baldige Genesung übermittelt.

Das Volksbegehren

Das vorläufige Ergebnis: 10,05 Proz.

Der Reichswahlleiter veröffentlicht das vorläufige Ergebnis des Eintragungsverfahrens zum Volksbegehren, an dem lediglich drei Gemeinden im Stimmkreis Magdeburg noch ausstehen, in Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der beiden vorhergehenden Volksbegehren. Hiernach haben sich von 41 278 897 Stimmberechtigten 4 147 725 Personen, d. h. 10,05 Proz. für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ eingetragen. Die Zahl der Eintragungen beim Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ betrug 1 216 986, d. h. 2,9 Proz., und diejenige beim Volksbegehren „Fürstentümern“, 12 536 839, d. h. 31,8 Proz.

Für die endgültige Feststellung des amtlichen Gesamtergebnisses wird, da die 10 Proz. der Stimmberechtigten nur sehr knapp überschritten sind, die Feststellung der behaupteten Unregelmäßigkeiten von erheblicher Bedeutung sein. Beschwerden, wie sie bereits in Ostpreußen und Bommern erhoben wurden, müssen von Stimmberechtigten bei dem zuständigen Kreiswahlausschuss, also beim Kreiswahlleiter, schriftlich eingereicht werden. Der Kreiswahlleiter ist verpflichtet, diese Beschwerden sofort nachzuprüfen. Im Befähigungsfalle wird die gesamte Liste der bisherigen Eintragungen ungültig.

Wie berichtet wird, haben in Ostpreußen und Bommern, aber auch anderswo, eine Anzahl von Abstimmungsberechtigten ihre Unterschrift zurückziehen wollen, als der Reichspräsident von Hindenburg die bekannte Erklärung zu § 4 des Volksbegehrens abgab. Diese Unterschrift ist ihnen verfassungswidrig verweigert worden. In allen den Fällen, wo eine solche Weigerung nachzuweisen ist, muß die Ungültigkeitserklärung der gesamten Liste erfolgen. Das gleiche gilt für die Fälle, wo die Liste nicht ordnungsgemäß ausgelegt, sondern zur Eintragung von Haus zu Haus, von Familie zu Familie gebracht worden ist. Spätestens am 20. November sollen die Kreiswahlausschüsse zu ihrer letzten feststellenden Sitzung zusammengetreten. Die Kreiswahlausschüsse sind angewiesen, ihr gesamtes Schlussmaterial zum 21. November dem Reichswahlleiter in Berlin zu überreichen. Hier erfolgt dann die Materialüberprüfung. Von dem Ergebnis der Nachprüfung über die Gültigkeit jeder Eintragung hängt in diesem Falle das grundsätzliche Gesamtergebnis ab, das durch den Reichswahlleiter Ende November festgestellt werden soll.

Die verfassungsmäßige Lage

Wenn das endgültige amtliche Ergebnis feststellt, daß das Volksbegehren von mehr als 10 Proz. der Stimmberechtigten unterschrieben wurde, ist die nächste Folge die, daß das darin verlangte Gesetz nunmehr pflichtgemäß von der Reichsregierung dem Reichstag vorzulegen ist. Dabei hat die Reichsregierung das Recht, zu dem Gesetz ihre Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Natürlich wird die Regierung dem Reichstag die Ablehnung des Gesetzes vorschlagen. Es ist auch sicher, daß eine Mehrheit des Reichstages gegen den Gesetzentwurf stimmt. Wenn die Regierung das Gesetz dem Reichstag vorlegt, hängt von ihr ab, Fristen sind in der Verfassung nicht angegeben. Außerdem entscheidet über den Zeitpunkt der Abstimmung des Reichstages über das Gesetz die Mehrheit des Reichstages nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung. Wenn das Gesetz im Reichstag abgelehnt oder auch nur verändert worden ist, muß, ohne daß die Möglichkeit einer Zurückziehung des Gesetzes noch besteht, der Volksentscheid stattfinden. Ein Volksentscheid ist eine einfache Abstimmung mit Ja oder Nein zu dem Gesetz. Die Abstimmung ist geheim und erfolgt in der Form, daß Zettel mit Ja oder Nein in einen Umschlag gelegt werden, und daß diese Umschläge verschlossen in eine Wahlurne geworfen werden. Wenn aber der Reichstag einen Beschluß gefaßt hat über ein Gesetz, dann kann dieser Beschluß nur dadurch außer Kraft gesetzt werden, daß sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Es müssen also bei einem solchen Volksentscheid etwa 21 Millionen zur Abstimmung erscheinen. Die Regierung kann aber mit den hinter ihr stehenden Parteien in der Rolle der Stimmenthaltung ausgeben. Das bedeutet dann in der Praxis, daß 21 Millionen einen Stimmzettel mit Ja abgeben müssen, wenn der Volksentscheid durchkommen soll.

Es besteht noch eine andere Möglichkeit für einen Volksentscheid, und zwar dann, wenn ein Drittel des Reichstages beschließt, daß die Verkündung der Gesetze über den Young-Plan ausgesetzt werden soll. In diesem Falle genügt beim Volksentscheid die einfache Mehrheit der Abstimmenden.

Dr. Bazille und Dr. Dehlinger haben sich eingetragen. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei in Schwaben teilte in einer Polemik der dortigen Lokalpresse mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß beide deutschnationalen Minister Bötticher, Bazille und Dehlinger, sich in die Listen für das Volksbegehren eingetragen haben.

Letzte Nachrichten

Konflikt wegen der Ehescheidungsreform

Auszug der Zentrumsmitglieder aus dem Rechtsausschuss

W.D. Berlin, 5. Nov. (Tel.) Im Rechtsausschuss des Reichstages gab bei der Eröffnung der Sitzung Abg. Dr. Hell (Zentr.) eine Erklärung ab, in der die Stellungnahme seiner Parteifreunde gegen die Ehescheidungsreform dargelegt wurde. Sämtliche Zentrumsmitglieder verließen daraufhin den Sitzungssaal und werden sich vorläufig nicht weiter an den Beratungen über die Ehescheidungsreform beteiligen.

Der Ausschuss beabsichtigte, heute ab 10 Uhr sich mit der Ehescheidungsreform zu beschäftigen. Da aber infolge der gestrigen Erklärung der Bayerischen Volkspartei zu dieser Frage nach Beratungen innerhalb der einzelnen Fraktionen gepflogen wurden, wurde der Beginn der Sitzung um einige Zeit verschoben.

Außer dem Vertreter des Zentrums gaben auch die Vertreter der anderen Parteien Erklärungen über ihre prinzipielle Stellungnahme zur Ehescheidungsreform ab. Der Reichsjustizminister war nicht anwesend.

Der Konflikt in Polen

Mahnahmen zum Schutze des Sejms

W.D. Warschau, 5. Nov. (Tel.) Der Sejmarschall hat eine Reihe von Ausnahmeverordnungen getroffen, um das Sejmgebäude vor dem Eindringen Unberechtigter zu bewahren. Für die 400 Personen fassende Galerie sind nur 25 Plätze ausgeben worden. Sejmarschall Dajczinski hielt an die versammelte Sejmbevölkerung eine Ansprache, worin er sie ermahnte, keine Unberufenen, und sei es auch ein General, in den Sejm einzulassen.

In der Presse wird heute das Rätselraten über die mutmaßliche Entwicklung der innerpolitischen Lage fortgesetzt. Wird die Sejmführung zustande kommen, wird der Landtag verlagert oder sogar aufgelöst? Am gestrigen späten Nachmittag fand in Warschau eine Reihe sozialistischer Massenversammlungen statt. Am Abend versuchten sozialistische Arbeiter, an mehreren Punkten der Stadt Kundgebungen zu veranstalten. Die Zeitungskonfiskationen werden fortgesetzt. Vom heutigen Leitartikel des sozialistischen „Robotnik“ steht nur die Überschrift: „Es lebe der Sejm der Republik“.

Verfassungsreform in Spanien

Übergang zum normalen Regime

W.D. Madrid, 5. Nov. (Tel.) Nach Schluß des gestrigen Kabinettsrates ist der Presse in einer offiziellen Note zur Lage mitgeteilt worden, daß die Diktatur den Übergang der Regierungsverwaltung auf ein normales Regime durchzuführen wolle, das ihr Wert garantieren und festigen. Zu diesem Zweck sei eine Reihe von Maßnahmen angenommen worden, die das neue Regime vorbereiten. Der Ministerpräsident werde bis Ende dieses Jahres einen Aktionsplan prüfen, den er den Mitgliedern der Regierung und den patriotischen Verbänden vorlegen werde. Die Einberufung der Nationalversammlung werde auf Januar nächsten Jahres verschoben werden.

Die amerikanische Zollfrage

W.D. Washington, 5. Nov. (Tel.) In der gestrigen Senatssitzung wurde über eine Entschließung debattiert, in der Senator Dingham, einer der regulären hochpolitischen Republikaner, verdammt werden sollte, weil er den Vertreter der Fabrikanten des Staates Connecticut als seinen Sekretär angestellt und mit in die geheimen Beratungen des Tarifkommissars genommen habe. Mit 54 gegen 2 Stimmen, eine Abstimmung, die die Stärke der oppositionellen Koalition gut veranschaulicht, wurde schließlich die Entschließung angenommen. Senator Dingham erklärte trotz dieser ihn scharf verurteilenden Handlungsweise — der ersten Brandmarke eines Senators durch seine Mitgenossen seit 27 Jahren — sein Amt nicht niederlegen zu wollen.

Die Siegelbörser Schnellzugskatastrophe vor Gericht

W.D. Fürth, 5. Nov. (Tel.) Vor dem Erweiterten Schöffengericht begann heute die Verhandlung gegen den Oberbahnmeister Alfred Stuhlfath, den Rotenführer Georg Kolland und den 61-jährigen Oberbahnwärter Johann Keller wegen des Eisenbahnunglücks von Siegeldorf am 10. Juni v. J. Die Anklage gegen die drei Beschuldigten lautet auf 24 Vergehen der fahrlässigen Tötung, 118 Vergehen der fahrlässigen Körperverletzung und ein Vergehen der fahrlässigen Eisenbahntransportgefährdung. Zu der Verhandlung sind 150 Zeugen und 13 Sachverständige geladen. Der 100 Seiten starke Eröffnungsbeschluss gipfelt in der Annahme, daß die Ursache der folgenschweren Schnellzugskatastrophe die schlechte Weisanlage in der Station Siegeldorf war.

Gleichstellung in- und ausländischer Unternehmungen. Am 5. November tritt in Paris eine vom Völkerverbund einberufene Konferenz zum Abschluß eines internationalen Abkommens zusammen, das den ausländischen und inländischen Unternehmungen in den vertragschließenden Ländern die gleiche Behandlung zusichern soll. 40 Staaten, darunter 6 Nichtmitglieder des Völkerverbundes, werden vertreten sein. Die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland werden einen Beobachter entsenden.

Gute Siedlungspolitik erfordert gute Verkehrspolitik

Von Dr. Franz Hoffmeister

Je weiter die Städte auf das Land hinauswachsen, desto schwieriger wird die Aufgabe, die großen Massen der dräuenden Wohnenden täglich zu ihren Arbeitsplätzen und von dort wieder nach ihren Heimstätten zu befördern. Von rein verkehrspolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet sind hier außerordentlich verwickelte Probleme zu lösen. Der Verkehr, der zu bewältigen ist, vollzieht sich meist nicht gleichmäßig den ganzen Tag über, sondern es findet am Morgen ein Zustrom von den draußen gelegenen Wohnungen zu den Fabrikanlagen und am Nachmittag oder Abend ein Rückstrom nach den Außenbezirken hin statt. Ein solcher einseitiger, zu bestimmten Stunden sich häufender, in anderen Zeiten fast vollkommen ruhender Verkehr ist überaus kostspielig, und doch darf gerade dieser Berufsverkehr nicht allzu stark verteuert werden. Wenn das Verkehrsproblem, das hier vorhanden ist, nur als solches behandelt wird, so erscheint es häufig fast unlösbar, denn die Bewältigung eines derartigen Massenverkehrs zu bestimmten Tageszeiten ist ohne öffentliche Zuschüsse vielfach kaum zu erträglichen Tarifen zu ermöglichen. Hier kann nur die Verbindung der verkehrspolitischen Gesichtspunkte mit siedlungspolitischen zu einer befriedigenden Lösung führen.

Betrachten wir die Dinge nun von der anderen, der Siedlungsseite her. Die Erstellung neuer Wohnungen ist um so kostspieliger, je näher die Baustätten den städtischen Mittelpunkten oder den Fabrikanlagen liegen. Nicht nur gesundheitliche Erwägungen sprechen also für eine Siedlung draußen auf dem Lande, in der weiteren Umgebung der Städte, sondern häufig auch Rücksichten auf die Kosten des Grund und Bodens, die sich natürlich in den Mietpreisen auswirken. Man kann, mit anderen Worten, draußen auf dem Lande oder an der weiteren Peripherie der Städte billiger bauen als dort, wo die Bodenpreislage dem Wohnungsneubau schon ihren Tribut auferlegt. Aber die Voraussetzung dieses billigeren Siedelns in weiterer Entfernung ist die Schaffung guter und schneller Verkehrsverbindungen. Wenn die Angestellten und Arbeiter, wie es häufig genug der Fall ist Stunden brauchen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, und wieder Stunden, um ihr Heim zu erreichen, so gleicht diese Verschwendung von Zeit und Nervenkraft die Vorteile des Wohnens im Freien wieder aus.

Dezentralisiertes Siedeln ist also nur dort möglich, und nur dort vorteilhaft, wo für schnelle und billige Verkehrsverbindungen zwischen Wohnstätten und Arbeitsstätten gesorgt wird. Wo daher Wohnsiedlungen außerhalb der Städte, in Wald und Feld, am Wasser oder in nahe gelegenen Dörfern angelegt werden, um die arbeitenden Menschen der Industrie wieder mit der Natur zu verbinden, da muß dem Wohnungsbau die Schaffung geeigneter und ausreichender Verkehrsmittel vorausgehen. Es ist auch durchaus falsch, wenn die kommunale Verkehrspolitik sich hier durch die Entwicklung der freien Siedlungstätigkeit ihre Maßnahmen vorschreiben läßt. Noch heute laufen die Dinge oft so, daß zunächst draußen in der Umgebung der Städte und Industrieorte gestreute Siedlungen entstehen, um deren Anschluß an den Verkehr sich niemand kümmert. Erst später, wenn durch die planlose Ansiedlung ein größeres Verkehrsbedürfnis entstanden ist, folgen die für die Verkehrsregelung verantwortlichen Stellen dann gewöhnlich der Verkehrsentwicklung, die sich bereits vollzogen hat, anstatt daß sie umgekehrt der Siedlungstätigkeit ihre Gestaltung durch Schaffung von Verkehrsangelegenheiten vorschreiben.

Die Umsiedlung der städtischen Bevölkerung aus den eng bebauten Mietskasernen in gesunde Heimstätten auf dem flachen Lande, die Auflockerung der viel zu dichten städtischen Siedlungen ist nur möglich, wenn durch eine zielbewusste, führende kommunale Verkehrspolitik der Siedlung die richtigen Bahnen gewiesen werden. Hier wirken leider nur zu häufig die kommunalen Begrenzungen als Hindernisse des Verkehrsfortschritts. Die Stadtwaltungen, die fortschrittliche Verkehrspolitik betreiben wollen, sehen sich hieran oft durch die Unmöglichkeit, auf Gebieten benachbarter Landgemeinden Verkehrsverbindungen zu schaffen, behindert.

Auf dem eigenen Gebiet der Städte fehlt es dagegen an Raum oder an für Siedlungszwecke geeignetem Boden. Man hat früher geglaubt, daß eine Lösung dieser Schwierigkeiten nur durch umfangreiche Eingemeindungen, durch Aufteilung der benachbarten Landkreise, also durch kommunale Neugliederung gefunden werden könne. Das ist nicht richtig, denn, wenn diese Beseitigung hemmender kommunaler Grenzen stattgefunden hat, ist in der Regel der beste Zeitpunkt für eine Neusiedlung bereits verpaßt. Was uns fehlt, ist ein frühzeitiges Zusammenwirken von Stadt und Land zur Schaffung einer gemeinsamen Boden- und Ansiedlungspolitik, mit der die Schaffung der notwendigen Verkehrseinrichtungen Hand in Hand gehen muß. Gelingt es, durch eine solche gemeinsame, vorausschauende Bodenpolitik, durch eine weitläufige Bodenvorratswirtschaft die Preise des Grund und Bodens, der in der weiteren Umgebung der Städte und Industrieorte für Neusiedlungen in absehbarer Zeit in Betracht kommt, niedrig zu halten, so kann der Wohnungsbau in erheblichem Maße verbilligt werden. Die Ersparnisse, die hierdurch bei der Festsetzung der späteren Mieten erzielt werden, können die Kosten der Schaffung guter Verkehrsverbindungen fast immer reichlich beden.

Es kommt also nur darauf an, daß die Gemeinde sich mit den Problemen der Siedlung vorausschauend befaßt, bevor die Bodenpreislage sich dazwischen gedrängt hat. Jede Gemeinde, die mit einer künftigen Ausdehnungsmöglichkeit rechnen, muß sich auch mit der Zukunftsgestaltung ihres Siedlungsraumes beschäftigen, und zwar nicht nur durch Planung, sondern durch vernünftige Bodenvorratswirtschaft, verbunden mit fortschrittlicher, der Siedlung die Wege weisender Verkehrspolitik. Nur da, wo vorstehende Bodenpolitik, gepaart

mit planvoller Arbeit, für die Schaffung künftiger Ver-
kehrsmöglichkeiten die Zielvorgabe erteilt und leitet,
nämlich die Zurückführung der großen Masse der Bevölkerung
zu einem gesunden Wohnen in Licht, Luft und Sonne, erreicht
werden.

Die Koalition im Reich

Bayerische Volkspartei regierungsmüde?

Auf einer Tagung katholischer Arbeitervereine in Bamberg
erklärte nach einer Meldung der „Köf. Ztg.“ aus München
der Prälat Leicht, der Führer der Reichstagsfraktion der Bayer.
Volkspartei, mit auffallender Schärfe, wenn die Gesetzgebung,
insbesondere das Familienrecht, weiter nach den Beispielen im
Strafrechtsauschuss bedroht und ausgehöhlt würde, so würde
man die Bayerische Volkspartei nicht mehr lange in der Re-
gierungskoalition sehen. Das Partieren mit der Sozialdemo-
kratie auf Kosten der christlichen Interessen gehe nicht an. In
grundfährlichen Dingen gebe es kein Kompromitteln, das werde
man zu gegebener Zeit auszusprechen wissen. Man sei mit
dem Zentrum einig, daß eine Erleichterung der Gesetzgebung
unter keinen Umständen zugelassen werden dürfe. Er, Leicht,
habe schon vorige Woche einen entsprechenden Vorstoß beim
Reichstanzler unternommen. Man solle nicht glauben, daß
das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sich dazu her-
geben würden, etwa den Youngplan noch durchzuführen, und
dann die Sozialdemokraten aus der Regierung ausscheiden zu
lassen. Man werde sich vielmehr Sicherungen geben lassen,
daß mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei nicht
Schindluder getrieben werde.

Koch-Weser über den nationalen Block der Mitte

In Göttingen sprach der Vorsitzende der Demokratischen
Partei, Reichsminister a. D. Koch-Weser, über die deutsche
Zukunft. Er betonte, daß der Youngplan ohne weiteres dem
Damesplan vorzuziehen sei. Der einzig mögliche Weg sei der
einer Verständigung; denn ein neuer Krieg zwischen den euro-
päischen Völkern bedeute den Untergang Europas und seiner
Kultur.

Die deutschen innerpolitischen Wirrnisse fänden ihren Wider-
hall jenseits der Grenze zum Nachteil Deutschlands. Gegenüber
den extremen Einseitigkeiten der Rechten und den sozialisti-
schen Experimenten müsse ein Block der nationalbewußten
Männer gegründet werden. Dieser müsse das bisher Erreichte
weiter ausbauen und vor allem finanzielle und wirtschafts-
politische Erfolge erzielen. Um das zu erreichen, müßten alle
Schichten, die auf dem Boden des Staates stehen, sich zu die-
sem Block zusammenfinden, um dem deutschen Volk das Gut
der Einheit und Freiheit zu erhalten und dafür zu sorgen, daß
die wirtschaftliche und finanzielle Blüte sich wieder entwickelt.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei

Die Zentralwahlkommission in Prag führte am Montag den
zweiten und dritten Wahlgang für das Abgeordnetenhaus durch,
monach der Stand der Abgeordneten der einzelnen Parteien
sich ziffernmäßig folgendermaßen darstellt:

Von den deutschen Parteien erhalten die Deutsche Wahlge-
meinschaft, der Bund der Landwirte und die Deutsche Arbeits-
und Wirtschaftsgemeinschaft insgesamt 16 Mandate gegen 24
im Jahre 1925. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei
den letzten Wahlen auf die Gewerpartei und die ungarische
Nationalpartei, die in Listenverbindung mit der Deutschen
Wahlgemeinschaft standen, acht Mandate entfielen. Von den
jetzt erlangten 16 Mandaten erhielt der Bund der Landwirte
13, die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 3 Mandate. Die
deutschen Sozialdemokraten erhalten insgesamt 21 Mandate
(Gewinn 4), die Tschechoslowaken 7 (Verlust 3), die Christ-
lichsozialen 14 (Gewinn 1), die deutschen Nationalsozialisten
8 (Gewinn 1).

Von den großen tschechischen Parteien gewannen die Sozial-
demokraten bei 39 Mandaten 10, die Nationalsozialisten bei
32 Mandaten 4, die Nationaldemokraten bei 15 Mandaten 2,
die Großagrarien bei 46 Mandaten 1 Mandat. Es verloren
die Gewerpartei bei 12 Mandaten 1 Mandat, die Volkspartei
Schramels bei 25 Mandaten 6, die slowakischen Volkspartei
Hinkas bei 19 Mandaten 4, die Kommunisten bei
30 Mandaten 11.

Dem Gesamtergebnis zufolge erhielt die bürgerliche Ko-
alition insgesamt 147 von 300 Mandaten, hat also gegenüber
den bisherigen 156 Mandaten 9 Mandate verloren.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe

Gastspiel: „Der blaue Vogel“

Direktor J. Juschyns „Blauer Vogel“ zwitschert noch immer
recht munter, hat aber doch die Feinsten für so scharmanten rus-
sische Kabarettkunst typischen Fibern verloren. Zumal im Nie-
senraum unseres Konzerthauses verlag das Distanzgefühl auch
jede intimere Verührung mit diesen leichten Artikeln, die das
Publikum allenfalls mit Galgenhumor für — heute wirklich —
unbezahlbare Rekruten quittiert.

Gelieben und der Alte ist freilich Direktor J. Juschyn. Aber
auch er kann heute nur mit vorzüglicher List sich selbst nicht das
Programm des Conferenciers verderben. Zwar sind die Zu-
hörer da und dort noch wehlos seiner schlängelungen Rede-
kunst überantwortet, doch im ganzen scheint auch dieses Gebiet
allmählich bis zur Reize abregiert und abgetastet.

Und die eigentliche Kleinkunstbühne. Sie ist gegenwärtig
mehr denn je entfernt, mit spezifischem Dynamit eine Bude,
und war es das Konzerthaus, in die Luft sprengen zu können.
Denn sie ist weder gewalttätiger noch überhaupt zu einer Sache
von erheblichem Format geworden, sondern im Gegenteil, bei-
nahe kitschige Erweichung. Selbst die soziale Satire scheitert
an großer Dummheit, und wo, wie z. B. bei einem ober-
bairischen Stanzel oder bei einer Don-Kosaten-Imitation,
noch echter Humor mitschwingt, muß man sich schließlich doch
mit einem gewissen Seelenkitzel veröhnen.

Keine Entgehung ist sicherlich der Prolog, groß auch die
Suggestion des Kagenkonzerts, doch im übrigen bleibt das
Programm Liebeswerbung um früheren Kredit, so sehr der
Anfänger — bald sanft, bald spitz — um geneigte Anteilnahme
für die folgende Nummer bittet. Es gibt eben ein Sträuben
aus gesundem Instinkt, auch wenn man sonst solch liebenswür-
diger Lockung nie ernsthaft zu widerstehen vermöchte. Noch
weitere Einzelheiten des darstellerischen Teiles oder gar diverse
Namen hier anzuführen, erübrigt sich, wenn man auch ins-
gesamt den Mitwirkenden gerne zugestehen muß, daß ihre per-
sönliche Kraft keineswegs das etwas fatale Fazit der beiden
Abende verschuldet hat. S. Sch.

Oberbairische Kunstausstellung in Lörach

Der Reichsverband bildender Künstler Deutschlands, Ver-
zugsgruppe Freiburg, konnte am Mittwoch in der Festhalle zu
Lörach eine Kunstausstellung oberbairischer Maler und Bild-
hauer eröffnen, die von Künstlern aus dem südlichen Schwarz-
wald bis hinauf zum Bodensee besetzt ist. Prof. Schwarz-
weber, Freiburg i. Br., schilberte das Oberreingebiet als einen
wichtigen Schnittpunkt und einen fruchtbarsten Boden für das

Frühere Einberufung des Reichstages?

Wegen des Volksentscheids

Die der „Demokr. Zeitung“ erfährt, wird innerhalb der
Reichsregierung erwogen, den Reichstag früher als zu dem
ursprünglich vorgesehenen Datum einzuberufen. Der Grund
für diese frühere Einberufung soll darin liegen, daß der
Reichsregierung darum zu tun ist, den jetzt stattfindenden
Volksentscheid so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen.
Die Regierung wird deshalb gleich nach der Einberufung ge-
mäß den Gesetzesbestimmungen das sogenannte Freiheitsgesetz
dem Reichstag vorlegen und ihre ablehnende Stellungnahme
dabei zum Ausdruck bringen.

Nach Gadas wird Ministerpräsident Tardieu am Donnerstag
nach Besetzung der Regierungserklärung nur die Diskussion
der Interpellationen über die allgemeine Politik und die aus-
wärtige Politik zulassen und beantragen, die Diskussion der
übrigen Interpellationen auf später zu vertragen. Man be-
stätigt, daß Briand in die Debatte eingreifen werde und den
Standpunkt der Regierung in der auswärtigen Politik dar-
legen werde.

Der neue französische rechtsgerichtete Ministerpräsident
Tardieu läßt übrigens durch die ihm nahestehende Presse
vernehmen, daß nach dem Erfolg des deutschen Volksentscheids
die Debatte über den Youngplan und die Rheinlandbrückung
auf unbestimmte Zeit verlagert werden müsse, da er es unter
keinen Umständen zulassen werde, die französische Politik in
irgendeiner Richtung festlegen zu lassen, solange nicht das
endgültige Abstimmungsergebnis in Deutschland vorliege.

Der Versailler Vertrag ein Diktat!

Im Hamburger Gewerkschaftshaus, in dem Saale, in wel-
chem sich nach dem Kriege die zweite Internationale wieder
zusammenschloß, sprach am Sonntag der ehemalige belgische
Außenminister Vandervelde in französischer Sprache über den
Kampf um den Frieden.

Der Redner betonte, daß die sozialistische Internationale
nicht aufhört, die Abmachungen von Versailles, die feinen
Vertrag, sondern ein Diktat darstellten, zu bekämpfen.
Langsam hätten inzwischen auch die Regierungen die gleiche
Auffassung über jene Regelung gewonnen. Es seien Fort-
schritte zu verzeichnen, aber auch das jüngste Ergebnis vom
Saag entspreche noch nicht den Wünschen und Forderungen
der Internationale. Er, Vandervelde, betrachte das Saager Er-
gebnis nicht als endgültig.

Lloyd George kritisiert Thomas

Im englischen Unterhaus ergriff am Montag in der De-
batte über die Arbeitslosigkeit Lloyd George das Wort zu einer
scharfen Kritik der Regierungsvorläge. Er leitete sie ein
mit der Feststellung, daß seit dem Amtsantritt des Arbeiter-
kabinetts die Zahl der Unbeschäftigten um 100 000 zugenom-
men habe und wies auf das Herannahen des Winters hin. Was
die Regierung vorschläge, sei zaghaft und unintelligent. Auch
Maxton vom extremen Flügel der Arbeiterpartei übte scharfe
Kritik an den von Thomas gemachten Vorschlägen. Es sei
nichts darin zu entdecken, was nicht früher schon von der libera-
len und der konservativen Regierung versucht worden sei. Er
bitte Thomas um jeden Preis, sich von den konservativen Ge-
dankengängen loszumachen und endlich sich der sozialistischen
zu bedienen.

Verpachtung von Hamburger Gelände an die Tschechoslo-
waken. Der nach Art. 364 des Versailler Vertrages aus einem
deutschen, einem tschechoslowakischen und einem britischen Mit-
gliede bestehende Ausschuss, der am 30. Oktober in Hamburg
zusammentrat, um über die Verpachtung von Hafensplätzen an
die Tschechoslowaken zu entscheiden, schloß seine Arbeiten ab.
Er fällt die Entscheidung, daß der Hamburger Senat an die
tschechoslowakische Republik einige am Kalleischen und am Dres-
dener Ufer gelegene Landstücke auf 99 Jahre verpachtet. Die
hiermit gefundene Lösung trägt den Interessen der tschecho-
slowakischen Republik, sowie auch denen Deutschlands und
Hamburgs Rechnung.

Kein Naturalisierungsgesuch Sillers. Zu einer Blätter-
meldung, daß Adolf Siller, der bekanntlich in Österreich geboren
ist, ein Gesuch um Erwerbung der bayerischen Staatsangehörig-
keit eingereicht habe, wird aus München berichtet, daß davon
an zuständiger Stelle nichts bekannt ist.

künstlerische Schaffen schon im frühen Mittelalter, über die
Renaisancezeit bis hinauf ins 19. Jahrhundert. In seinem
einführenden Rundgang durch die Ausstellung konnte er die
zahlreich geladenen Gäste vor die bekanntesten und gebiegenen
Arbeiten eines Prof. G. Dichter, Franz Eberlin, Feldberg,
Gans Franke, Freiburg, G. Kotter, Reichenau, Hans Dieters,
Meersburg, Werner Kollweide, Ludwigsbafen a. Bodensee,
Adolf Glatzeder, Lörach, Eva Eisenlohr, Freiburg i. Br., und
viele andere führen. Neben den Plastiken von E. Stadelhofer,
Freiburg, A. Kubanez, Freiburg, Bildhauer Schwarzwälder,
Lörach, fielen durch ihre besondere Farbbehandlung auf: die
Maler G. Anselment, Freiburg, W. Straube, Neufnach, Fr.
Wach, Lörach, P. Hirt, Willingen u. a. auch die temperament-
vollen Malerinnen M. Scherer-Wagner, Sigmaringen, und D.
Luz-Mummelin, Kanders, seien erwähnt und die auffallende
bildhauerische Arbeit von Eva Eisenlohr, Freiburg. Die Stadt
Lörach hat den Künstlern die Festhalle zur Verfügung gestellt,
einmal ihrem ureigenen Wohngebiete zu zeigen, was
auch die heimischen Künstler zu leisten vermögen.

Badischer Bruderverbund. Der Badische Bruderverbund hat
am letzten Dienstag in Freiburg die erste Ortsgruppe gebil-
det, um damit die Arbeit des Bundes zu entlasten und der
Jugendwelt Brudern auch in Freiburg und im badischen Ober-
land neue Anhängerschaft zu werben. In die Vorstanderschaft
wurden berufen: Prof. Heinrich Jöllner (1. Vor.), Prof. Wilh.
Schwarz (2. Vor.), Oberinspektor Wilhelm Hlat, Fräulein
Elisabeth Rudnick, Erster Kapellmeister Hugo Walzer, Chor-
direktor Gustav Bier, Chemiker Dr. F. Braunwart, Dom-
kapellmeister Karl Schweizer. Im Anschluß an die Auffüh-
rung des Brudervertrages Redens und des 150. Psalmes im
Frühjahr 1930 durch den Freiburger Chorbund, wird Prof.
Dr. Grüninger von Freiburg in einem Lichtbildvortrag über
den Meister und sein Werk sprechen. Sodann sind für das
nächste Jahr Diskussions- und Erläuterungsabende vorge-
sehen, um die Mitglieder der Ortsgruppe mit den Schöpfun-
gen Bruderns mehr bekannt zu machen.

Die 7. Kunst-Auktion der Galerie Moos, Karlsruhe, findet
am 5. und 6. November statt. Der Katalog mit 8 Seiten Ab-
bildungen weist rund 500 Nummern aus, welche zur Ver-
steigerung gelangen. Außer vielen Antiquitäten, Ostasiatika,
Perfektstücken und Möbeln kommen 200 Gemälde unter den
Hammer, darunter Werke von Boehme, Dill, Jahrbach, Fehr,
Hoff, Kaulbach, Keller, Nagel, Piloty, Schönleber, Thoma,
Wehler, Weishaupt u. a. Vom 2. bis 4. November sind die
Gegenstände zur Besichtigung in der Galerie Moos aus-
gestellt.

Skizzen usw.

Neue Wohnstellungen

Man hat nun, wie aus Berlin berichtet wird, Aufzeich-
nungen über Geheimtöne der Gebrüder Sklarek gefunden,
durch die Mitglieder der städtischen Behörden aufs schwerste
kompromittiert werden.

Die Sklarek haben sich, um die Namen zu verschleiern,
verschiedener Pseudonyme bedient. Hinter der Bezeichnung
„Gustav“ hat man einen leitenden hohen Beamten der Ber-
liner Stadtverwaltung zu suchen, während sich hinter der Be-
zeichnung „Hammel“ ein Beamter der Stadtbank verbirgt.
Für den kommunistischen Stadtrat Gabel hatte man den Na-
men „Gabriel“ gewählt, während der kommunistische Stad-
trat Degner den Pseudonym „Dolch“ erhielt. Für den Bürger-
meister Schneider hatte man das Pseudonym „Schuster“ ge-
wählt. Das Konto des Stadtbankdirektors Schmidt wurde
mit „Schimmel“ bezeichnet. Aus dem Konto des Stadtrats
Degner geht hervor, daß er monatlich 2000 bis 2500 M. von
den Gebrüder Sklarek erhalten hat. Das Konto „Gabriel“
weist noch höhere Summen auf. „Schimmel“ hat Zahlungen
erhalten, die die Bezüge der beiden eben genannten Per-
sonen ganz erheblich überschreiten. Das Konto „Gustav“
weist im wesentlichen die Summen auf, die für gelieferte Klei-
dungsstücke an Familienmitglieder eingekauft sind. Daneben
finden sich Aufzeichnungen über größere Summen.

Schwere Angriffe gegen den Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft

Von der kommunistischen Presse werden im Zusammenhang
mit der Sklarek-Affäre jetzt sehr schwerwiegende Vorwürfe
gegen den Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Prolat,
erhoben. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Tätigkeit Pro-
lats als Direktor der Berliner Brennstoffgesellschaft in den
Jahren 1924 bis 1925. Bei der Belieferung städtischer An-
stalten und Siedlungen mit Brennstoffen sollen nach diesen
Vorwürfen minderwertiges Holz und Kohlen abgegeben wor-
den sein, während die Rechnungen über wertvolles Material
ausgestellt worden seien. Prolat bestreitet entschieden, von
irgendwelchen Betrugereien Kenntnis gehabt zu haben. Wie
weiter bekannt wird, schwebt gegen Prolat bereits bei der
Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Ver-
dachts der passiven Bestechung im Zusammenhang mit dem
Sklarek-Standal.

Unregelmäßigkeiten im Meininger Elektrizitätsverband

In Meinungen sind größere Unregelmäßigkeiten in der Ge-
schäftsführung des Elektrizitätsverbandes festgestellt worden,
dem eine größere Anzahl von Orten des südlichen Thüringens
angehört. Der Vorsitzende des Verbandes, der Landrat des
thüringischen Landkreises Meinungen, hat die beiden Ge-
schäftsführer, Major a. D. Ulrich und Ingenieur Hermann
Wlter, ihrer Ämter freistellen lassen. Am Samstag wurde
überdies in der Verbandsskasse ein Fehlbetrag von etwa 10 000
Reichsmark entdeckt. Major Ulrich hat sich erschossen.

Zum Zusammenbruch der „Bank für Deutsche Beamte“

Zu dem Zusammenbruch der „Bank für Deutsche Beamte“,
Berlin, teilt der Deutsche Genossenschaftsverband mit, daß
sich bei einer schon im März 1927 vorgenommenen außer-
ordentlichen Revision schwerste Verfehlungen ergaben. Diese
wurden in einer eingehenden Besprechung mit Vorstand und
Aufsichtsrat erörtert und u. a. die Bedingung gestellt, daß die
bisherigen leitenden Direktoren der Bank, die beiden Brüder
Weber, und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Notzheim, so-
fort ihrer Ämter enthoben wurden. Der Vorsitzende des Auf-
sichtsrates wies diese Forderung brüsk und höhnisch zurück.
Am dem jetzt unvermeidlichen Ausschluß aus dem Revisions-
verband zu ungehen, trat die Bank aus dem Revisionsverband
aus und schloß sich dem Reichsverband der Landwirtschaf-
tskassen an, der die Bank ohne Rücksicht bei dem Deutschen
Genossenschaftsverband aufnahm.

Montag nachmittag fand in den Geschäftsräumen der Bank
eine Versammlung von Gläubigern, und zwar vorwiegend Be-
amten der verschiedenen Behörden, statt, die zu einer Ent-
scheidung führte, in der es heißt, daß die durch den Zusam-
menbruch Geschädigten sich zu einem Schutzverband zusamen-
schließen.

Zur Verhaftung Sauerbrens

Der in Prag verhaftete Direktor der Frankfurter Allgemein-
en Versicherungs-AG, Sauerbren, hat auf Einwände gegen
seine Auslieferung an Deutschland verzichtet. Infolgedessen
erübrigt sich ein Auslieferungsverfahren.

Es erscheint ausgeschlossen, daß Sauerbren alles veruntreute
Geld, wie er bei seiner ersten Vernehmung ausgesagt hat,
für seine Fremdbinnen und sich verbraucht hat; wenn er auch
mehrere Automobile besaß und in der luxuriösen Weise
lebte, so können doch dafür allein die 800 000 M., die er
unterschlagen hat, kaum verbraucht worden sein. Wenn es
stimmt, daß er nur 3000 M. für seine Flucht mitgenommen
hat, so ist anzunehmen, daß vorher ein Teil des unterschla-
genen Geldes sichergestellt worden ist. Seine Geldscheiter
scheinen ihm auch hier in die Hand gespielt und ihn immer
wieder von neuem mit Geldmitteln versehen zu haben. Es
werden vorläufig noch keine Namen genannt, aber es steht
fest, daß ein Teil dieser Mitschuldigen der Polizei bereits be-
kannt ist. Sie sollen vorwiegend zu den ehemaligen Mit-
arbeitern Sauerbrens gehören und es scheint, daß sich ihre
Mitschuld nicht nur auf die Beihilfe zur Flucht erstreckt.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind in
Warschau wieder aufgenommen worden, nachdem in den letz-
ten Wochen Vorbereitungen über Art und Umfang des Ab-
kommens, insbesondere unter Berücksichtigung schon früher
erfolgter Übereinstimmung, stattgefunden haben.

Ein deutsch-schweizerisches Abkommen unterzeichnet. Am
2. November d. J. ist in Bern ein Abkommen zwischen Deutsch-
land und der Schweiz über die gegenseitige Vollstreckung ge-
richtlicher Entscheidungen unterzeichnet worden.

In einer Krankenanstalt in Aachen wurden Zwillinge gebo-
ren, die am Unterleib zusammengewachsen sind und zusammen
drei Beine haben. Wie berichtet wird, soll das Zwillingpaar
durchaus lebensfähig sein.

Die deutsche Indienexpedition des Südafrikaforschers Dr.
H. W. Bähler, die Ende November wieder in Europa ein-
treffen sollte, ist verschollen.

In Lübeck wurden durch Großfeuer im Speichergebäude der
Firma Thams & Garfs Warenvorräte im Werte von 150 000
Reichsmark vernichtet.

Die Strafkammer Neufrelich hat in Sachen Jaturowski das
Wiederaufnahmeverfahren zugelassen. Sobald das Urteil gegen
die Familie Rogens bestätigt wird, wird die Strafkammer
prüfen, ob das Todesurteil gegen Jaturowski aufrechtzuerhal-
ten ist oder nicht.

Wie aus Saragossa gemeldet wird, hat ein wildgewordener
Stier bei einem Stierkampf die Schranke durchbrochen und
sich auf die Zuschauer gestürzt, von denen vier getötet und
acht verletzt wurden. Eine Panik bemächtigte sich des Publi-
kums.

Badischer Teil

Aus dem Landtag

Heute eine vorbereitende Sitzung

Der erste konstituierende Sitzung am morgigen Mittwoch, vormittags 11-Uhr wird am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr eine vorbereitende Sitzung abgehalten, in der der Alterspräsident bestimmt wird. Alterspräsident ist der deutsch-nationale Abg. Fabrikant Gubernier, der im 69. Lebensjahr steht, bisher 2. Vizepräsident war und seit 1919 den Landtag angehört, während des jüngsten Mitglieds des Landtags der 30-jährige nationalsozialistische Abg. Leng ist.

Beratungen der Sozialdemokratischen Partei

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Parteiausschuss hielten am Samstag im Landtagsgebäude eine gemeinsame Sitzung ab. Über die Stellungnahme der Partei zur Regierungsbildung herrschte zwischen den beiden Körperschaften eine übereinstimmende Auffassung. Den weitaus größten Raum in den Besprechungen nahm die Erörterung der außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes ein, und man vertrat den Standpunkt, daß auch Baden als in Not geratenes Grenzland vom Reich angefaßt und dementsprechend behandelt werden muß. Andererseits soll der neue Landtag das tun, was die schwachen finanziellen Kräfte Badens gestatten. Die Beratungen zogen sich bei einer kurzen Mittagspause den ganzen Tag hin.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion galt der Konstituierung. Es wurden einstimmig gewählt: E. Maier zum 1. Vorsitzenden, Häcker zum 2. Vorsitzenden, Reinbold zum 3. Vorsitzenden, Heibt zum Schriftführer, Graf zum Kassier.

Einigung im ländlichen Genossenschaftswesen in Baden

Dank der Vermittlung und unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dietrich ist es in einer am Montag in Berlin abgehaltenen Besprechung zwischen den Beteiligten und im Einvernehmen mit der Badischen Zentralgenossenschaftsliste gelungen, die schon seit langem angebahnte Einigung im ländlichen Genossenschaftswesen in Baden zum Abschluß zu bringen. Vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungsorgane der zwei Genossenschaftsverbände in Karlsruhe und Freiburg wurde ein Abkommen beschlossen, nach dem zum 30. November die Vereinheitlichung durchgeführt werden soll. Dazu wird aus Berlin amtlich noch mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, und in Anwesenheit des Präsidenten der Preussentasse fand am Montag in Berlin eine gemeinschaftliche Sitzung des Verbandes Badischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften und des Genossenschaftsverbandes der Badischen Bauernvereine statt, in welcher die letzten Schwierigkeiten, die einem Zusammenschluß der beiden Verbände noch im Wege standen, beseitigt wurden. Nur ein Punkt, der in Karlsruhe zu entscheiden ist, blieb offen. Es darf nunmehr erwartet werden, daß die großen Opfer, welche vom Reich und der Preussentasse gebracht worden sind, um diesen Zusammenschluß zu ermöglichen, den endgültigen Beschluß der zuständigen Generalversammlung der beiden Organisationen beschleunigen werden, damit die badische Landwirtschaft endlich von dem ungesunden Daud der Unsicherheit frei wird, welche über diesen Kreisen bisher in Baden lag.

Badischer Philologentag

Die 39. Landesversammlung des Badischen Philologenvereins wurde in Offenburg mit einer Sitzung der Vorstandsmitglieder und Vertretern aus allen Teilen des badischen Landes eröffnet. Dabei kamen interessante Fragen schul- und landespolitischer Art zur Erörterung. Es wurde in der Versammlung mit großer Einmütigkeit erneut der Wunsch geäußert, daß der Schuljahresanfang wieder wie früher auf den Herbst verlegt werde, nach den großen Ferien. Ferner wurde ein Bericht über die Blochmannsche Kalenderreform zur Kenntnis genommen und beschlossen, der Gesellschaft für die Blochmannsche Kalenderreform korporativ beizutreten. Schließlich wurde noch ein Referat erstattet über Katastrophenfälle in der Schule und ihre Behandlung durch die Presse. — Die Vertreterversammlung forderte in einer Entschließung, daß in dieser wichtigen Angelegenheit, an der auch die Öffentlichkeit stark interessiert ist, Mittel und Wege gefunden werden, die in einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen Schule und Presse eine objektiv unparteiische Berichterstattung und sachliche Aufklärung des Publikums sicherstellt, ohne daß die Phantasie jugendlicher Suggestiv gereizt wird.

Am zweiten Tage nahm die öffentliche Mitgliederversammlung nach Begrüßungsansprachen des Vertreters des Ministeriums, Ministerialdirektors Dr. Huber, des Oberbürgermeisters von Offenburg und des Vertreters des badischen Philologenvereins, den Jahresbericht des ersten Vorsitzenden, Prof. Schnitzler, entgegen.

Der Redner berührte dabei verschiedene Probleme, die auch für die Öffentlichkeit von Interesse sind. Er wies im allgemeinen Teil mit Bedauern auf die in unserem Volke immer mehr sich breitmachende Zersplitterung hin, die das Vertrauen fördern und die Verständigung untergraben. Auch sei es Pflicht der Beamtenorganisation, der gegenseitigen Verständlichkeits entgegenzuarbeiten. Es müsse in diesem Zusammenhang auch die Forderung erhoben werden, daß die Befehle von Ämtern und Beamtenstellen allein Sache der Regierung bleibe, nicht solche der Parteien. Nicht Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, sondern Können und Wissen, Leistung und Persönlichkeit müsse maßgebend sein. Das sei ja auch in der Berufung festgelegt. Der Redner erhob die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, das Mitbestimmungsrecht der Städte bei Befehle von Beamtenstellen, das aus längst nicht mehr geltenden Vorkriegsverhältnissen stamme und seinen eigentlichen Sinn verloren habe, abzubauen. Heute führe dieses Recht zu ganz unerträglichen und unsachlichen Einflüssen und Einwirkungen von unberufener Seite. Zu der Frage, ob Erparnisse auf dem Gebiet der höheren Schulen möglich seien, bemerkte der Redner, daß ein mechanischer Abbau des höheren Schulwesens unbedingt abzulehnen sei, da er die Leistungsfähigkeit der höheren Schulen schädige und herabdrücke. Der Abbau des Jahres 1924 ermuntere nicht zu weiteren Experimenten in Richtung einer mechanischen Sparreform. Nicht durch Heraufhebung der Klassenstärke könnten wirkliche Erparnisse erzielt werden, sondern dadurch, daß die höheren Schulen ihrer eigentlichen Aufgabe wieder zugeführt werden, nur die Schüler zu bilden und zu erziehen, die geistige Bildung suchen und Begabung und Veranlagung mitbringen und nicht lediglich Berechtigung erstreben.

Die Aussprache am Schluß der Tagung galt vorwiegend dem Problem der Neugestaltung der Oberrealschule, speziell dem Sprachenproblem. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt.

In einem zweiten Referat sprach Prof. Dr. K. Ott über gegenwärtige Fragen der höheren Schulen und forderte, daß ein Gleichgewicht hergestellt werde zwischen naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Auffassung und Arbeitsteilung.

lung. Die Sprache, die auf den Oberrealschulen am besten das Sprachbewußtsein pflegt und gebe, sei die französische Sprache.

Das Befinden des Prinzen Max

W.A. Konstanz, 5. Nov. (Tel.) Im Befinden des Prinzen Max von Baden ist eine Veränderung auch in der vergangenen Nacht nicht eingetreten. Der Prinz hat eine gute Nacht verbracht. Auch der gestrige Tag war den Umständen entsprechend gut. Bei der Schwere der Erkrankung besteht allerdings die Möglichkeit einer ernsten Wendung.

Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose

Am Sonntag fand in Rastatt die Landesversammlung des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose statt, zu der sich Vertreter von Staat, Kommune, von sämtlichen Zweigen des Versicherungswesens und Fürsorgewesens, der Ärzteschaft u. a. eingefunden hatten.

Die gemeinsame Sitzung des Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde von dem neuen Vorsitzenden des Verbandes, Präsident der Landesversicherungsanstalt, Rausch, mit ehrenden Sedenworten für den verstorbenen Präsidenten Jung eröffnet. Den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht erstattete Geschäftsführer Professor Bergmann. Aus dem Bericht ging hervor, daß auch im Jahre 1925 die Tuberkulosesterblichkeit abgenommen hat, allerdings erheblich weniger als in den Vorjahren. Die Abnahme betrug nur 39 Sterbefälle gegenüber 444 im Jahre 1925. Insgesamt starben im Berichtsjahr noch 2296 Personen, d. h. 9,9 auf 10 000 der lebenden Bevölkerung an Tuberkulose gegenüber 4038 Personen, d. h. 18,3 auf 10 000 im Jahre 1913, also seit 1913 eine Abnahme von fast 50 Prozent. Im jugendlichen Alter sterben immer noch die meisten; auf das Alter von 15 bis 30 entfielen von den 2296 Todesfällen allein 800. Die stetige Abnahme seit den 90er Jahren, die nur in der Kriegs- und Inflationszeit unterbrochen werden konnte, steht in enger Verbindung mit der Entwicklung der badischen Industrie und der damit verbundenen wirtschaftlichen Verbesserung der Bevölkerung und der Zunahme der Wohlhabenheit. In enger Verbindung stehen auch die großartigen sozialen Einrichtungen und Fürsorge.

Der Landesverband hat bis auf wenige Amtsbezirke ein Netz von sachgemäß geleiteten Fürsorgestellen über das ganze Land gespannt. Neben der Seilfürsorge wurde seit 1. April 1925 in besonderer Weise die „nachgehende Fürsorge“ betrieben, welche sich der Kranken und Genesenen nach Rückkehr aus den Heilstätten annimmt. 2598 Personen wurden in Heilstätten, Krankenhäusern und Sanatorien untergebracht.

An diese Sitzung, die ohne jegliche Aussprache verlief, schloß sich sofort eine öffentliche Versammlung, in deren Mittelpunkt zwei Vorträge über die neuen Reichsrichtlinien über Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung standen. Während Ministerialrat Dr. Winkelmann vom Reichsarbeitsministerium die Ziele dieser Richtlinien erläuterte, die in der Bekämpfung der Volkskrankheiten und Hebung der Volksgesundheit liegen, stellte der ärztliche Leiter des Tuberkulosekrankenhauses Rastatt-Heidelberg, ord. Honorarprofessor Dr. Franzel (Heidelberg) sozialökonomische Betrachtungen zu den Fragen der Reichsrichtlinien an.

In einer kurzen Aussprache schnitt Stadtobermedizinalrat Dr. Geisler (Karlsruhe) die Notwendigkeit einer Hygienisierung der Arbeitsmethoden an. Die Anregung einer dezentralisierten, Einheitsfürsorge soll einer Prüfung unterzogen werden. Mit dieser Zusage schloß der Vorsitzende die Tagung.

Das Rheinbad und der Rheinwasserstand

Die Leitung der im Bau begriffenen Wasserkraftwerke von Kembs am Oberrhein hatte kürzlich die elsässische Presse zur Besichtigung der Bauarbeiten eingeladen. Daß nun das Unternehmen nicht so unbedenklich ist, wie es die Franzosen gewöhnlich darstellen, geht aus dem Bericht der gut nationalen „Straßburger Zeitung“ hervor:

Wenn das Werk, sagt das Blatt, in drei Jahren seine Stromlieferung aufgenommen haben wird, so wird es eines der größten seiner Art sein. Jede der sechs Turbinen kann 33 000 PS leisten. Die zusammengefaßte Leistung von rund 200 000 PS wird allerdings bei 15 Meter Gefälle und einer maximalen Wasserführung von 850 Kubikmetern schwerlich erreicht werden können. Treten nun noch Witterungsverhältnisse ein wie in diesem Jahre; unter denen der Rhein jetzt schon monatelang nur Niedrigwasser von knapp 400 Kubikmeter hat, wovon nur 350 den Turbinen zur Verfügung stehen, dann wird die erzielte Energieabgabe von 700 Millionen Kilowattstunden jährlich eine Vernichtungsdauer zur Voraussetzung haben, die sogar in normalen Jahren kaum im Bereich des Wahrscheinlichen liegt. Die geringere Vernichtungsdauer verteuert aber bei einer Wasserkraftanlage mit Niedrigwasserdruck die Kosten des erzeugten Stroms viel stärker als z. B. bei Dampfkraftwerken. Ob es möglich ist, irgendwo ein Speicherdamm zu schaffen, das instand wäre, die jahreszeitlichen Unregelmäßigkeiten in der Wasserführung auszugleichen, ist eine Frage, die im Rahmen dieser Betrachtungen nicht untersucht werden kann.

Aus der Landeshauptstadt Der Rettungsdienst im Rheinstrandbad Rappentwört

In der vorigen Woche fand in Rierordbad auf Einladung von Vabadirektor Müller eine Besprechung über den Rettungsdienst in Rappentwört statt. Es nahmen u. a. teil Vertreter der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, der Polizeidirektion, der städt. Branddirektion und andere Hilfs- und Sportvereine sowie etwa 80 Rettungsschwimmer.

Wie Vabadirektor Müller mitteilte, betrug in diesem Jahre die eingeschriebene Zahl der Rettungsschwimmer 104. An manchen Tagen waren bis zu 50 Rettungsschwimmer tätig. Ständig anwesend waren 2 bis 3 Sanitäter, mehrere Ärzte und 4 bis 6 Bademeister. Es waren vorhanden: 4 Rettungsboote, 20 Rettungsstangen, 14 Rettungsringe und entsprechende Sanitätsausrüstung. Die Abtrennung des Nichtschwimmerabteiles erfolgte durch Bojen und Korlleinen.

Im nächsten Jahre soll der Rettungsdienst weiter ausgebaut werden, insbesondere der neubefahrene Badausretter mit Wiederbelebungsapparat durch Personal der Berufsfeuerwehr, welches auch im Sanitätsdienst ausgebildet ist, Verwendung finden. Vabadirektor Müller hat bereits Personal ausgebildet und den Apparat verschiedentlich praktisch vorgeführt. Als weiteres Suchgerät soll eine Leine mit Eisenhaken und Haken befestigt werden. Eine zweite Sanitätsstation soll direkt am Schwimmbecken errichtet werden. Mehrere Tragbojen werden an den verschiedensten Stellen untergebracht. Während des Badabetriebes sollen u. a. je 2 Rettungsschwimmer mit je 2 Booten ständig in der Längsachse des Schwimmbeckens bewegen. 30 Aufsetzreue im

Schwimmbecken fallen den nicht ausdauernden Schwimmern Stützpunkte bieten. 4 neue Rettungsboote sollen zwischen den Bühnen im Rhein stationiert werden. Die Beschaffung einer großen Schiffsglocke, von Signalpfeifen für jeden Rettungsschwimmer und von Flaggen für Ärzte sind vorgesehen. Die Aufstellung eines Lautsprechers zur Durchgebung wichtiger Mitteilungen ist in Aussicht genommen.

In der sehr eingehenden Aussprache wurden auch die vorgeschlagenen Unglücksfälle besprochen. Im Einverständnis mit der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft soll ein Arbeitsausschuß gebildet werden.

Neue 50-Rpf- und Markstücke. Am 1. Dezember verlieren bekanntlich die 50-Rpf-Stücke aus Aluminiumbronze ihre Gültigkeit, und ihre Einföhrung erfolgt von da an nimmend an den öffentlichen Kassen. Als Ersatz werden 274 Millionen neue 50-Rpf-Stücke in den Verkehr gebracht, mit deren Ausprägung die deutschen Münzanstalten zur Zeit beschäftigt sind. Die neuen 50-Rpf-Stücke bestehen aus reinem Nickel. Zur Zeit befinden sich 126 Millionen Münzen im Umlauf, so daß also nach In-Verkehr-Setzung der 274 Millionen neuen 50-Rpf-Stücke im ganzen 400 Mill. im Verkehr sein werden. Einbezogen werden auch die 1- und 3-M-Stücke aus dem Jahre 1924, deren Prägung teilweise nicht einwandfrei ist. Die eingezogenen Stücke werden durch neue, erstklassig ausgeführte ersetzt werden. Die alten 50-Rpf-Stücke aus Aluminiumbronze werden im übrigen noch zwei Jahre lang von den Reichs- und Landesstellen in Zahlung genommen und dann endgültig eingezogen.

Das vierte Handelsfest in Karlsruhe. Wie schon früher kurz mitgeteilt wurde, wird das vierte Deutsche Handelsfest 1930 in Karlsruhe abgehalten. Es steht jetzt fest, daß das Fest in den letzten Tagen des Mai und in den ersten Tagen des Juni vor sich gehen wird. Es sind eine Oper- und mehrere Konzertaufführungen vorgesehen, wobei selten gehörte Werke Handels zur Wiedergabe gelangen werden. Eine Konzertaufführung soll im Residenzschloß stattfinden, wobei auch Werke der Zeitgenossen Handels zu Gehör gebracht werden.

Betriebsstörung. Am 4. November, kurz nach 19 Uhr, ist im Bahnhof Wülfingen beim Rangieren ein beladener Wagen mit beiden Achsen eingeleit. Hierdurch wurden beide Hauptgleise bis 5. November, 3 Uhr morgens, gesperrt. Die Züge 321 und 327 Bretten-Karlsruhe, 318-731 Karlsruhe-Bretten wurden über Bruchsal geleitet. Der Anschluß von und nach den Unterwegsstationen Wülfingen und Wülfingen wurde mit Anschlußzügen und Kraftwagen vermittelt. Verletzt wurde niemand, auch ist der Sachschaden gering.

Ein großer Darlehens- und Unterschlagungsprozeß. Vor dem erweiterten Schöffengericht Karlsruhe begann am Montag der auf drei Tage berechnete Prozeß gegen den verheirateten 52 Jahre alten Kaufmann Heinrich Jakob Bette, dessen Ehefrau Karoline Bette geborene Marx und den 23 Jahre alten ledigen Kaufmann Richard Bette, sämtliche aus Karlsruhe. Die Anklage lautet auf Vertrauensbruch und Unterschlagung in mehreren Fällen sowie Vertrauensbruch und Betrugs. Die Anklage legt Jakob Bette zur Last, daß er in mehreren Fällen Forderungen, die er für ausländische Auftraggeber einzuziehen hatte, diesen nicht abgeführt, sondern für sich verwendet hat. Die Angeklagten bestritten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Heute, Dienstag, vormittag wurde in die Beweisaufnahme, zu der 24 Zeugen geladen sind, eingetreten.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß des hohen Druckes hatte Baden gestern vielfach heiteres Wetter, so daß der jetzt schon erheblichen Ausstrahlung im ganzen Lande mäßiger Nachtfrost und starke Frühnebelbildung folgten. Während im hohen Norden Zyklogen winterlicher Tiefe über den Nordatlantik nach dem Eismeer ziehen, liegt unser Gebiet unter einem, das Azorenhoch mit dem Uralhoch verbindenden Gürtel, hohen Druckes. Die Hochdruckwetterlage wird fortauern. Wetterausblick: Fortdauer des spätherbstlichen Hochdruckweters, verbreitete Nachtfroste.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. November	4. November
	1925	1925
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82
Kopenhagen 100 Kr.	111.88	112.10
Nykar 100 Kr.	21.865	21.905
London . . . 1 Pf.	20.364	20.378
New York . . . 1 D.	4.1745	4.1825
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.09
Wien 100 Schilling	58.71	58.83
Brag . . . 100 Kr.	12.369	12.389

Die Bankfusion in Karlsruhe

Wie aus der in der vorliegenden Nummer enthaltenen Anzeige ersichtlich, sind die Karlsruher Filialen der bisherigen Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, sowie Süddeutsche Disconto-Gesellschaft AG, Filiale Karlsruhe, nimmend unter der Firma: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, zusammengeschlossen. Die Betriebe werden am Donnerstag, den 7. November d. J., im Gebäude der bisherigen Rheinischen Creditbank, Kaiserstr. 90 (Ede Ritterstraße), räumlich vereinigt. Telefon Nr. 6000 bis 6008, Telegramm-adresse: Deutscherbank. Die Firma eröffnet in den Räumen der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG, eine neue Depositenkassen Hauptpost. Die Depositionskassen Bahnhofplatz (im Hotel Reichshof) und Mühlburg bleiben auch weiterhin bestehen. Des Umzuges wegen bleiben am Mittwoch, den 6. November 1925, nachmittags, sämtliche Schalter der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG, geschlossen.

Die Zusammenlegung der Banken bringt auch in Offenburg Veränderungen. Der Bankbetrieb im Gebäude der Rheinischen Creditbank wird aufgelöst. Die Bankräume der fusionierten Banken werden im Gebäude der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft sein. Die Bankdirektoren Hebe von der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, und Böker von der Rheinischen Creditbank, treten in den Ruhestand. Sieben Bankangestellte dürfen entlassen werden. Es sind in der Hauptsache jüngere Kräfte.

Rheinische Handelsbank AG, Mannheim. Die Gesellschaft, die der Mannheimer Regierung nahesteht, beantragt nimmend, laut Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ Liquidation (Aktientapital 505 000 RM.); im Vorjahre wurde bekanntlich ein Zwangsvergleich mit den Gläubigern geschlossen.

Der schweizerische Kohlenmarkt. Die schweizerische Kohleneinfuhr erreichte 1925 3 029 000 Tonnen gegen 2 997 000 Tonnen im Jahre 1924. Die wesentlichen Lieferanten waren: Deutschland mit 1 256 000 Tonnen, Frankreich und die Saar mit 1 081 000 Tonnen, Holland mit 211 000 Tonnen, Belgien mit 178 000 Tonnen, Großbritannien mit 176 000 Tonnen und Polen mit 117 000 Tonnen.

Gemeinderundschau

Schweinger Bürgermeistereiwahl. Bei der am Montag stattgefundenen Wahl zum Bürgermeister der Stadt Schweigen wurde Dr. Arthur Trautmann (Waldbühl), mit den Stimmen des Bürgervereins und der Mietervereinigung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums zum Bürgermeister gewählt. Auf Bürgermeister Trautmann entfielen 38 Stimmen, auf den Zentrumskandidaten Dr. Wolpert (Waldbühl) 15, auf den Sozialdemokraten Dr. Vogt (Schweigen) (Soz.) 12. 5 Zettel waren weiß.

Der neue Oberbürgermeister von Lahr, Wolters, ist in Lahr eingetroffen. Montag morgen fand die feierliche Verpflichtung des neuen Oberhauptes durch den Landeskommissar, Geheimrat Schwörer (Freiburg), statt. Daraufhin hat Oberbürgermeister Wolters die Dienstgeschäfte der Stadt übernommen.

Bürgermeisterwahlen. In Erdmannweiler bei Billingen fand der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl statt, nachdem der erste vom Bezirksamt für ungültig erklärt worden war. Von 187 abgegebenen Stimmen erhielt der bisherige Bürgermeister Besch 85, der Gegenkandidat, Katschreiber Gög, 85. Besch ist somit wiedergewählt. — In Grieswilt (Amt Waldsbühl) wurde mit 210 von 348 Stimmen Schneidermeister Gustav Daber gewählt. Der bisherige Bürgermeister F. W. Kaiser erhielt 132 Stimmen. — In Wehlersbühl (Amt Waldsbühl) wurde bei 105 Wahlberechtigten der bisherige Bürgermeister G. Strässer mit 53 von 65 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Der Rechenschaftsbericht der Stadt Offenburg für das Jahr 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von 15 818,94 M ab. Die Ursache liegt bei der Fürsorgekasse. Diese erforderte gegenüber dem Voranschlag einen Mehraufschlag von 122 000 M infolge der großen Arbeitslosigkeit im letzten Winter. Die Mehreinnahmen verschiedener voranschlagsgemäßer Positionen brachten es mit sich, daß der Fehlbetrag verhältnismäßig gegenüber den Mehrausgaben der Fürsorge gering ist.

Abgelehnter Voranschlag. Der Bürgerausschuß Eppingen hat den unbedingten Voranschlag 1929/30 mit 87 gegen 14 Stimmen abermals abgelehnt. Es wird nunmehr der Bezirksrat den Voranschlag festsetzen.

Berliner Finanzen. Die Stadt Berlin veröffentlicht das Ergebnis des Haushaltsjahres 1928/29 und den Verlauf der Einnahmen im ersten Halbjahr 1929. Das Haushaltsjahr 1928/29 schließt mit einem Defizit von 8 1/2 Millionen, d. h. weniger als 1 Proz. des Haushaltsolls von 880 Millionen ab, das in Ausgaben und Einnahmen etwa um 50 Millionen überschritten worden ist.

Zweibrücken in Zahlungsschwierigkeiten. Wie aus Zwei- brücken gemeldet wird, ist die Stadt gegen Monatsende in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ein Antrag der Stadt, ihr 100 000 M Vorschuß zu geben, wurde abgelehnt. Infolgedessen konnte einer großen Anzahl von Pächtern vorläufig das Gehalt nur zum Teil ausbezahlt werden. Geschäftsleute, die für die Stadt in den letzten Monaten Lieferungen aus- führten, haben überhaupt noch kein Geld erhalten können. Die Stadt hat sich schon vor geraumer Zeit um Hilfe an die Bayerische Regierung und an die Reichsregierung gewandt.

Kurze Nachrichten aus Baden

bd. Erzingen-Kirchheim, 5. Nov. Ein großes Autounglück ereignete sich am Montagabend, kurz vor 9 Uhr, am Bahnübergang Erzingen-Kirchheim. Ein Lössbacher Personenauto, das mit 5 Personen besetzt war, wartete vor der geschlossenen Schranke auf die Durchfahrt des Kurzuges. Als nun die Schranke wieder geöffnet wurde und das Auto gerade die Gleise überfahren wollte, kamt aus der entgegengekehrten Richtung ein Güterzug herangebraust. Das Auto konnte nicht mehr schnell genug über die Gleise kommen und wurde von dem Güterzug erfasst. Sämtliche fünf Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, nur eine Frau kam unbeschadet davon, weil sie noch rechtzeitig vom Auto abspringen konnte. Der Führer und Beifahrer des Autos ist Kaufmann Schwarz aus Lössbach-Setten.

bd. Baden-Baden, 4. Nov. In Ergänzung der Meldung aus Kartung bei Singheim über den folgenschweren Ausgang von Familienstreitigkeiten wird mitgeteilt, daß nicht der 25jährige verheiratete Leopold Herr seinen Vater erschossen hat, sondern sein Sohn Karl.

W.D. Baden-Baden, 5. Nov. Der in Ravenna (Oberitalien) verhaftete Stadtrat und prakt. Arzt Dr. Hubner ist wieder in Freiheit gesetzt worden. Dr. Hubner zählt zu den angesehensten Ärzten der Stadt Baden-Baden. Seit zwei Jahren gehört er auch dem Stadtrat als Mitglied der Demokratischen Partei an. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Irrtums.

bd. Regelsbühl, bei Rehl, 4. Nov. Am Verfassungskongress war im Rathaus die Reichsfahne herabgerissen und beschädigt worden. Als Täter wurden zwei junge Leute ermittelt. Der Strafrichter beim Reichler Amtsgericht beurteilte beide zu je 80 M.

bd. Ettenheim, 1. Nov. Die außerordentlich gute Zuckerrübenernte in unserem Bezirk ermöglichte es, daß in den letzten Tagen 2500 Zentner Zuckerrüben zum Preise von 1,50 M pro Zentner an die Zuckerfabrik Waghausel verladen werden konnten. Es feuerten bei Ettenheim 1100 Zentner, Ettenheimweiler 1000 Zentner und Altdorf 400 Zentner.

bd. Schuttertal bei Lahr, 1. Nov. Die „Lahrer Zeitung“ berichtet: Die hohe Steuer, die auf das Brennen von Kirchfen angelegt ist, macht es für den Landwirt nicht mehr möglich, seine Erzeugnisse selbst zu brennen, weshalb ein großer Teil der Landwirte ihre Kirchfen an Großbrennereien verkauft. Die Käufer bezahlen 20—21 M für den Zentner.

Der 75jährige Bäckermacher Mag verübte an einer 64jährigen Greisin in Karlsruhe (Nordmähren) einen Luftmord. Eine zweite Frau wurde von ihm bei einem Vergewaltigungsversuch schwer verletzt. Der Täter war vor dem Umsturz in Deutschland wegen der Ermordung eines Offiziers zum Tode verurteilt worden, wurde jedoch später amnestiert und aus Deutschland ausgewiesen.

Auf Grund der bekannten Fusionsbeschlüsse sind unsere Institute nunmehr unter der Firma Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

Filiale Karlsruhe

zusammengeschlossen. — Unsere Betriebe sind ab Donnerstag, den 7. November 1929

im Gebäude der bisherigen Rheinischen Creditbank Filiale Karlsruhe, Kaiserstrasse 90 (Ecke Ritterstr.) räumlich vereinigt. (Telefon Nr. 6000 bis 6008, Telegrammschrift: Deutschbank). Gleichzeitig wird in den Räumen der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Filiale Karlsruhe, die neue

Depositenkasse Hauptpost

eröffnet. Die Depositenkassen Bahnhofplatz (im Hotel Reichshof) u. Mühlburg (Rheinstraße 44) bleiben auch weiterhin bestehen. Des Umzugs wegen bleiben am Mittwoch, den 6. Novbr. d. Js. nachmittags sämtl. Schalter der bisherigen Süddeutschen Disconto-Gesellsch. A. G., Fil. Karlsruhe geschlossen.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. Filiale Karlsruhe.

Bad. Kommunale Landesbank

Girozentrale

Zweiganstalt Karlsruhe

Karl-Friedrich-Straße 1 Ecke Zirkel

Besorgung aller Bankgeschäfte

insbesondere

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs — Kreditvergabe an den gewerblichen Mittelstand

368

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE

Bühl i. B.

Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,
Mauersteine

Maßstab wie

nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei Bildhauerei

Werkplätze — 250 Arbeiter

186

Beim Arbeitsamt Baden-Baden ist die Stelle des

Vorsitzenden

neu zu besetzen; sie ist durch Tod erledigt worden. Die Besetzung erfolgt nach Gruppe A 2 c der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe M (XI) des Vergütungstarifs für die Angestellten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

stellvertretenden Vorsitzenden

bei den Arbeitsämtern Ludwigsburg u. Heilbronn sind noch unbesetzt und sollen jetzt besetzt werden.

Die Besetzung in diesen beiden Fällen erfolgt nach Gruppe A 2 c evtl. A 3 der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe L (X) evtl. bei Ludwigsburg nach Vergütungsgruppe M (XI) des Vergütungstarifs der Reichsanstalt.

Bewerbungen um diese Stellen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen sind bis spätestens 15. November d. J. bei dem Präsidenten des Landesamts für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Stuttgart, Hegelstr. 1, einzureichen.

Bei der Stadtgemeinde Breisach a. Rh. ist die durch Todesfall freigewordene Stelle des

Stadtrechners

sofort neu zu besetzen. Besetzung erfolgt nach Gruppe VII bzw. VIII der alten Besoldungsordnung (IV c bzw. IV b der Landesbesoldungsordnung). Der planmäßigen Anstellung muß eine einjährige Probezeit vorausgehen.

Im Hinblick auf die Anforderungen an die Arbeitsleistung des Stelleninhabers kommt für die Besetzung nur eine dazu besonders befähigte, zuverlässige Kraft in Frage, die über die erforderlichen Kenntnisse im Verwaltungs- und Rechnungsdienst der Gemeinden verfügt.

Bewerber, die die Prüfungen für die Staatsbeamten oder für die badischen Gemeindebeamten mit Erfolg bestanden haben werden bevorzugt.

Bewerbungen unter Vorlage eines handgeschriebenen Lebenslaufes und von Zeugnissen wollen bei mir bis spätestens 20. November 1929 eingereicht werden.

Breisach, den 2. November 1929.

Der Bürgermeister.

934



884

PORPHYRWERK DOSSENHEIM

HANS VATER

DOSSENHEIM A. B. BREITZ

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Vergleichsverfahren.

§. 750. Bruchsal. Über das Vermögen des Paul Klein, Inhaber des Gutshauses Klein in Bruchsal, früher Franz Klein, Bruchsal wird am Mittwoch, den 30. Oktober 1929, vormittags 11 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Wanddirektor a. D. Stein in Bruchsal wird als Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird bestimmt auf: Freitag, den 29. Nov. 1929, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 1. St., Zimmer Nr. 8.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst den Anlagen und dem Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle Zimmer Nr. 3 zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, 30. Okt. 1929. Bad. Amtsgericht IV.

Freihändiger Nadelholzverkauf

Forstamt Bonndorf, Montag, den 11. November 1929, vormittags 10^{1/2} Uhr, z. n. 2080 fm.

Losverzeichnisse durch das Forstamt. §. 749

Freihändiger Nadelholzverkauf

Forstamt Gerrenwies in Forbach (Baden), Freitag, den 15. November 1929, 4500 fm Nadelstammholz aller Klassen. Angebote sind bis spätestens am 15. November, nachmittags 5 Uhr beim Forstamt einzureichen. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Forstamt Forbach 15). §. 755

§ 743. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Ferdinand Nischheimer, Überhandlung in Karlsruhe, Müppurer Str. 2 a, wurde heute, nachmittags 5 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Rechtsanwält Kurt Emmrich, Karlsruhe, Kreuzstr. 31. Konkursforderungen sind bis zum 7. Dezember 1929 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubiger-Ausschusses, zur Entscheidung über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Dienstag, den 26. November 1929, nachmittags 4 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Dienstag, 17. Dezember 1929, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. St., Zimmer Nr. 40. Der Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. November 1929 anzuzeigen.

Karlsruhe, 31. Oktober 1929 Geschäftsstelle des Amtsgericht A. 9.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 6. November
E. G. Th.-Gem. 3. S. G.
1. Hälfte
Zum erstenmal
Schwanda,
der Indelfadpfeifer
Oper von Weinberger
Dirigent: Schwarz
Regie: Nuppenbecker
Mitwirkende:
Manl, Winter, Gspach,
Kainbach, Kiefer, Kaufmänn,
Löffler, Rentwig, Derner,
Schuster, Lindemann,
Brödingen.
Anfang 20 Ende geg. 22^{1/2},
Preise C (1—7 M.)
Do., 7. XI.
Hurra, ein Junge.

